



Nordkurier

Unabhängige Tageszeitung für Mecklenburg-Vorpommern

Heute auf Sport

Michael Dahlmann -
der neue Mann bei Hansa

www.nordkurier.de

Themenpaket: 70 Jahre
Schlacht um Stalingrad

Heute 3°/-1°

Stellenweise
zeigt sich die Sonne

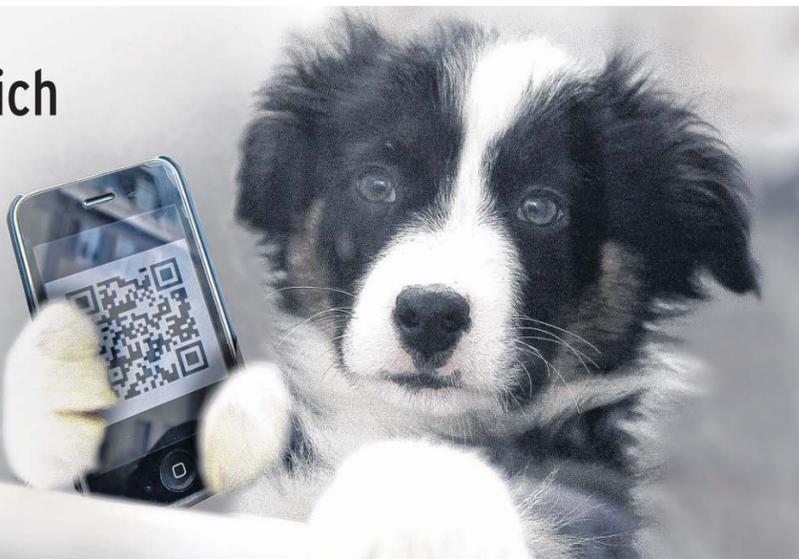
Heute im Lokalen

Finanzspritze für Flutlicht
regt Abgeordnete auf

Wenn der Fiffi sich verlaufen hat

Hunde-Marke war gestern, die neue Erkennungshilfe ist der QR-Code: Ein Rostocker Unternehmen hat jetzt einen neuartigen Halsband-Anhänger auf den Markt gebracht, mit dem Hunde und auch Katzen leichter wiedergefunden werden können. Der Finder kann den Anhänger mit dem Handy scannen und erfährt so schnell die Kontaktdaten des vierbeinigen Lieblings.

TEXT: NK/FOTO: DPA
Mehr auf Blickpunkte



Polizei zapft verstärkt Telefonverbindungen an

Von unserem Redaktionsmitglied
Thomas Volgmann

In nur einem Jahr wurden 488 Überwachungen in Mecklenburg-Vorpommern angeordnet. Datenschützer und die Opposition im Landtag sind besorgt.

SCHWERIN. Bei der Aufklärung von Straftaten zapft die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern immer häufiger Telefonleitungen an oder hört Handy-Gespräche ab. Nach einer aktuellen Übersicht des Bundesjustizamtes, die unserer Zeitung vorliegt, wurden 2011 im Nordosten 488 Telefon-, Handy- und

Internetanschlüsse auf richterliche Anordnung hin überwacht – das sind 107 Anschlüsse mehr als noch zwei Jahre zuvor. Zum Vergleich: Im benachbarten Schleswig-Holstein wurden 2011 insgesamt 194 Telefone und Handys überwacht.

Am häufigsten hörte die Polizei Tatverdächtige bei Rauschgiftdelikten ab – in 218 Fällen. Bei gemeingefährlichen Straftaten wie Brandstiftung wurde 19 Mal eine Telefonüberwachung angeordnet, bei Raub und Erpressung 15 Mal und bei Mord fünf Mal.

Sicherheitsbehörden in Mecklenburg-Vorpommern verlangen außerdem immer

häufiger von Telefon- und Internetanbietern, Verbindungsdaten von Kunden offenzulegen. 2011 bekam die Polizei 574 Verbindungsanfragen an die Telekom, Vodafone und Co. von Richtern genehmigt. Ein Jahr zuvor waren es erst 404 Anfragen. Mit der Abfrage können über Monate alle Kontaktdaten von Tatverdächtigen gesammelt werden, womit auch eine Vielzahl Unbeteiligter betroffen ist, kritisieren Datenschützer.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2010 die Verpflichtung von Telefon- und Internetanbietern zur Vorratsdatenspeicherung und damit die

Möglichkeiten der Verbindungsdatenabfrage eingeschränkt.

„Die deutliche Zunahme erfüllt uns mit Sorge“, sagte Ina Schäfer, Referatsleiterin beim Landesbeauftragten für Datenschutz in Schwerin. Das Innenministerium begründete die steigende Zahl der richterlichen Anordnungen auf Anfrage unserer Redaktion mit der „rasanten Verbreitung von Internet und Mobilfunk in der Gesellschaft“. Darauf müsse sich die Polizei bei der Strafverfolgung einstellen.

Kontakt zum Autor
thomas.volgmann@mvmredaktion.de



Leitartikel von
Rasmus Buchsteiner

Neue Aufgabenverteilung

So viel gab es selten bei der Münchener Sicherheitskonferenz zu besprechen. Die Welt ist unübersichtlicher geworden, die sicherheitspolitische Entwicklung immer schwerer vorherzusagen. Die Zahl der Krisenschauplätze und Konfliktherde wächst. Von Mali über Syrien, über Iran, Afghanistan und bis hin zum Nahost-Konflikt reicht die Liste der Brennpunkte, die zur Herausforderung für die internationale Gemeinschaft geworden sind. Die Vereinigten Staaten haben sich während der ersten Amtszeit ihres Präsidenten Barack Obama von der klassischen Rolle des Weltpolizisten verabschiedet. Rückzug aus dem Irak, Rückzug aus Afghanistan, weitgehende Zurückhaltung in Libyen oder im Syrien-Konflikt, jetzt auch noch in Mali – im Weißen Haus scheint man auf eine neue

globale Aufgabenverteilung zu setzen, schon die eigenen Ressourcen und orientiert sich mehr in Richtung Asien. Das gibt Raum für Europa oder die europäischen Nato-Partner. Der Krieg gegen die Islamisten in Mali mit der von den Amerikanern akzeptierten Führungsrolle Frankreichs bedeutet insofern eine Zäsur. Washington lässt andere agieren, tritt einen Schritt zurück. Doch darf diese neue sicherheitspolitische Lastenverteilung nicht zulasten des transatlantischen Verhältnisses gehen.

Unbeantwortet bleibt allerdings die Frage, was Obama von der klassischen Rolle des Weltpolizisten verabschiedet. Rückzug aus dem Irak, Rückzug aus Afghanistan, weitgehende Zurückhaltung in Libyen oder im Syrien-Konflikt, jetzt auch noch in Mali – im Weißen Haus scheint man auf eine neue Friedensgespräche nimmt.

Satz des Tages

„Es wird nicht so sein, dass wir uns vor den Kabelschrank stellen und gucken, ob die Isolierung stimmt.“

Brandenburgs neuer Flughafen-Koordinator Rainer Bretschneider am Freitag in Potsdam

NACHRICHTEN

Patienten erhalten mehr Rechte

BERLIN. Angesichts zehntausender Ärztefehler pro Jahr erhalten die Patienten in Deutschland mehr Rechte. Der Bundesrat gab dazu am Freitag grünes Licht für das Patientenrechtegesetz der schwarz-gelben Koalition. Opfer von Ärztefehlern sollen es künftig leichter haben, vor Gericht zu ihrem Recht zu kommen. Bei groben Fehlern muss der Mediziner beweisen, dass ein nachgewiesener Fehler den Schaden nicht herbeiführte. Dies ist bisher nur aufgrund von Gerichtsurteilen gängige Praxis. Krankenkassen sollen Versicherte bei der Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen helfen. dpa

Jan Sosniok wird neuer Winnetou

BAD SEGEBERG. Das Geheimnis ist gelüftet: Jan Sosniok wird neuer Winnetou in Bad Segeberg. Der 44-jährige Schauspieler wird damit in die Fußstapfen von Pierre Brice, Gokjo Mitic und Erol Sander treten, die zu den drei erfolgreichsten Winnetou-Darstellern am Kalkberg gehören. „Ich freue mich riesig, ein so großes Erbe zu übernehmen“, sagte Sosniok. Zudem werden Wayne Carpendale als Old Shatterhand und Gokjo Mitic als Apachenhäuptling Intschu-tschuna zu sehen sein. Die Saison beginnt im Juni. dpa



Stasi-Beauftragte geht mit SELLERING ins Gericht

NEUBRANDENBURG. Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marita Pagels-Heineking, hat in einem Gespräch mit dem Nordkurier ihre Kritik an Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) wegen dessen Umgang mit der DDR-Aufarbeitung erneuert. Dabei bezog sie sich auf Sellering's Aussage, die DDR sei kein Unrechtsstaat gewesen. Natürlich habe der Begriff Unrechtsstaat keine genaue Definition, aber umgangssprachlich bedeute er erst einmal das Gegenteil von Rechtsstaat. „Dass die DDR kein Rechtsstaat gewesen ist, dieser Aussage hat Erwin Sellering bei einer Podiumsdiskussion immerhin zugestimmt. Aber seiner Argumentation, dass man die DDR nicht als Unrechtsstaat bezeich-

nen dürfe, weil man sonst die Lebensleistung der DDR-Bürger nicht anerkennen würde, kann ich nun wirklich nicht mehr folgen“, sagte die 56-jährige, deren Amtszeit im August endet. Zudem bedauert Marita Pagels-Heineking, dass es ihr nicht gelungen sei, die Arbeit des Landesbeauftragten neu zu regeln. Sie habe einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Anbindung der Behörde weg vom Kulturministerium zum Landtag beinhaltete. Das Papier sei jedoch noch nicht einmal in das parlamentarische Verfahren eingebracht worden, weil sich sowohl das Kulturministerium als auch der Ministerpräsident dagegen ausgesprochen hätten. mari

Mehr auf Meinung & Nachrichten

Anzeige

Heute auf nordkurier.de/deal

Deal des Tages

Nordkurier DEAL

30 % Rabatt

Wertgutschein für moderne Fensterplissees

Moderne Fensterplissees für schöneres Wohnen
Anstatt 70,00 € • für nur **49,00 €**

BSC-Möbel
Einrichtungshäuser mit Küchenstudio
in Prenzlau und Torgelow

